

Bonner Schriften zum deutschen und europäischen Recht der Arbeit und der Sozialen Sicherheit

Herausgegeben von Gregor Thüsing und Raimund Waltermann

Thomas Gerdorf

Gemeinschaftsrechtliche Unterrichtungs- und Anhörungspflichten und ihre Auswirkungen auf das Betriebsverfassungs-, Personalvertretungs- und Mitarbeitervertretungsrecht

Zum Umsetzungsbedarf der Richtlinie 2002/14/EG

Band 5

PETER LANG

Internationaler Verlag der Wissenschaften

Inhaltsverzeichnis

EINLEITUNG.....	19
1. TEIL: DIE RL 2002/14/EG.....	23
A. Konzeption	23
B. Anwendungsbereich	23
I. Unternehmen und Betriebe	23
1. Wahlmöglichkeit der Mitgliedstaaten	23
2. Der Unternehmensbegriff.....	24
a) Autonom europarechtliche Auslegung	24
b) Anknüpfung an andere Vorschriften des Gemeinschaftsrechts – Existenz eines einheitlichen Unternehmensbegriffs?	25
aa) Meinungsstand	25
bb) Stellungnahme	25
c) Die einzelnen Elemente des Unternehmensbegriffs	27
aa) Das funktionelle Merkmal der wirtschaftlichen Tätigkeit	27
bb) Die Einheit „Unternehmen“	31
(1) Grundsatz: Maßgeblichkeit des Rechtsträgers	31
(2) Mehrere Rechtssubjekte als einheitliches Unternehmen?..	32
(3) Einheiten mit nur teilweise wirtschaftlicher Tätigkeit	33
(4) Nur vorübergehend wirtschaftlich tätige Einheiten	34
cc) Öffentliche und private Unternehmen	34
d) Ergebnis	35
3. Der Betriebsbegriff.....	35
a) Reichweite und Grenzen der mitgliedstaatlichen Definitions befugnis	35
b) Unternehmenseinheit	38
c) Öffentliche Betriebe und Betriebe ohne Erwerbszweck.....	38
d) Formale Anforderungen an die Definition des Betriebsbegriffs	39
II. Räumlicher Anwendungsbereich	39
III. Arbeitnehmerbegriff.....	40
1. Bedeutung des Arbeitnehmerbegriffs.....	40
2. Verweis auf nationale Rechtsordnungen	40
3. Maßgeblichkeit des allgemeinen Arbeitnehmerbegriffs	41
a) Meinungsstand in der Literatur	42
b) Das Urteil des EuGH vom 18.1.2007	43
c) Stellungnahme.....	44
aa) Wortlaut	44
bb) Vergleich mit anderen Richtlinien.....	44
cc) Teleologische Erwägungen	47
d) Ergebnis	48
4. Vorgaben für den allgemeinen Arbeitnehmerbegriff	48
IV. Schwellenwerte und ihrer Berechnung	49

1. Zulässige Methoden der Schwellenwerterrechnung	49
2. Bei der Berechnung einzubeziehende Arbeitnehmer	50
3. Behandlung von Leiharbeitnehmern	51
4. Keine Berücksichtigung im Ausland tätiger Arbeitnehmer	52
C. Die Beteiligten an Unterrichtung und Anhörung	52
I. Arbeitnehmervertreter	52
1. Der Verweis auf die nationalen Rechtsordnungen	52
2. Die Vorgaben der Richtlinie für die nationalen Arbeitnehmerververtretungssysteme	53
a) Verpflichtung zur Schaffung von Arbeitnehmerververtretungen	53
aa) Die „Gemeinsame Erklärung“ des Europäischen Parlamentes, des Rates und der Kommission	53
bb) Mittelbarer Zwang zur Errichtung eines Systems ständiger Arbeitnehmerververtretungen	55
(1) Auslegung der RL	55
(2) Vereinbarkeit mit der Ermächtigungsgrundlage	57
cc) Zulässigkeit von Betrieben/Unternehmen ohne Arbeitnehmerververtretung, wenn das Fehlen den Arbeitnehmern zuzurechnen ist	59
dd) Zulässige Anforderungen an die Initiative der Arbeitnehmer	62
ee) Keine Pflicht, ersatzweise die Arbeitnehmer unmittelbar zu beteiligen	62
ff) Keine subsidiäre Beteiligung von Ad-hoc-Vertretungen	64
b) Inhaltliche Anforderungen an die Ausgestaltung der nationalen Arbeitnehmerververtretungssysteme	66
c) Die für eine Umsetzung in Betracht kommende Arten von Arbeitnehmerververtretungen	68
d) Keine Pflicht, die Beteiligungsrechte der Richtlinie auf sämtliche nationalen Arbeitnehmerververtretungen zu erstrecken	69
e) Informationsfluss bei Rückgriff auf verschiedene Arbeitnehmerververtretungsorgane	72
f) Fazit	72
II. Arbeitgeber	72
D. Unterrichtung und Anhörung	73
I. Die Tatbestände des Art. 4 Abs. 2 RL	73
1. Unterrichtung in wirtschaftlichen Angelegenheiten (Art. 4 Abs. 2 lit. a RL)	73
a) Allgemeines	73
b) Gegenstand	74
2. Unterrichtung und Anhörung bei Beschäftigungsfragen (Art. 4 Abs. 2 lit. b RL)	76
a) Allgemeines	76
b) Gegenstand	77
aa) Situation, Struktur und Entwicklung der Beschäftigung	77
bb) Antizipative Maßnahmen	78

3. Unterrichtung und Anhörung zu schwerwiegenden Entscheidungen (Art. 4 Abs. 2 lit. c RL)	79
a) Allgemeines	79
b) Gegenstand der Unterrichtung und Anhörung	80
aa) Wesentliche Veränderungen der Arbeitsorganisation oder der Arbeitsverträge	80
bb) Möglichkeit der wesentlichen Veränderungen	82
cc) Betriebsübergänge und Massenentlassungen	82
(1) Erforderlichkeit der Prüfung der allgemeinen Voraussetzungen des Art. 4 Abs. 2 lit. c RL	82
(2) Folgerungen für Massenentlassungen	83
(3) Folgerungen für Betriebsübergänge	84
dd) Gesellschafterwechsel als Entscheidung im Sinne des Art. 4 Abs. 2 lit. c RL	86
II. Die Beteiligungsrechte: „Unterrichtung“ und „Anhörung“	86
1. Terminologie	86
2. Unterrichtung	87
a) Zeitpunkt	87
b) Keine Initiative der Arbeitnehmervertreter erforderlich	88
c) Form der Unterrichtung	89
d) Sachverständige	90
3. Anhörung	91
a) Zeitpunkt	91
b) Anhörungsverfahren	92
c) Ziel der Anhörung im Falle des Art. 4 Abs. 2 lit. c RL: Erreichen einer Vereinbarung	93
aa) Terminologie	94
bb) Reichweite der Pflicht, eine Vereinbarung anzustreben	94
cc) Rechtsnatur der anzustrebenden Vereinbarung	97
(1) Meinungsstand	97
(2) Stellungnahme	97
III. Unterrichtung und Anhörung bei Konzernsachverhalten	101
1. Die Konzernklauseln in den RL 98/59EG und 2001/23/EG	101
2. Konzernobergesellschaft als relevante Leitungs- und Vertretungsebene?	102
3. Entscheidungen eines herrschenden Unternehmens als Entscheidungen im Sinne des Art. 4 Abs. 2 lit. b RL	103
4. Zurückhaltung der relevanten Informationen durch ein herrschendes Unternehmen	106
IV. Entscheidungen des Gesetzgebers bei öffentlichen Unternehmen	106
1. Der Beschluss des OVG Sachsen-Anhalt vom 8.12.2005	106
2. Kritik und eigene Ansicht	107
a) Differenzierung zwischen verschiedenen Arten gesetzgeberischen Handelns	107
b) Modalitäten der Unterrichtung und Anhörung bei	

gesetzgeberischen Entscheidungen.....	112
E. Unterrichtung und Anhörung auf Grundlage einer Vereinbarung	112
I. Begriff der Sozialpartner.....	113
II. Keine Pflicht, Verhandlungslösungen zu ermöglichen.....	113
III. Reichweite der Abweichungsbefugnis der Sozialpartner	113
1. Zur Disposition der Sozialpartner stehende Bestimmungen	113
2. Abweichungen auch zu Ungunsten der Arbeitnehmer.....	114
3. Grenzen der Abweichungsbefugnis der Sozialpartner	114
IV. Rechtsnatur der Vereinbarung	115
F. Vertrauliche Informationen und Ausnahmen von der Pflicht zur	
Unterrichtung und Anhörung	116
I. Verschwiegenheitspflicht.....	116
II. Befreiung von der Beteiligungspflicht in besonderen Fällen	117
III. Keine Pflicht der Mitgliedstaaten, Vorschriften nach Art. 6 RL	
einzuführen.....	118
IV. Rechtsbehelfe nach Art. 6 Abs. 3 RL	120
G. Schutz und Sicherheiten der Arbeitnehmervertreter	121
H. Rechtsdurchsetzung und Sanktionen.....	121
I. Systematik des Art. 8 RL	121
II. Rechtsdurchsetzung, Art. 8 Abs. 1 RL	122
1. Rechtsdurchsetzung gegenüber dem Arbeitgeber	122
a) Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren.....	122
b) Unterlassungsverfügungen.....	123
aa) Meinungsstand	123
bb) Stellungnahme	124
c) Zuständigkeit auf Arbeitnehmerseite.....	128
2. Rechtsdurchsetzung gegenüber den Arbeitnehmervertretern	129
a) Rechtsdurchsetzungsmöglichkeiten des Arbeitgebers.....	129
b) Rechtsdurchsetzungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer gegen ihre	
Vertreter	130
III. Sanktionen.....	131
1. Gegenüber dem Arbeitgeber	131
2. Gegenüber den Arbeitnehmervertretern	132
I. Tendenzschutz, Art. 3 Abs. 2 RL	133
I. Allgemeines	133
II. Die erfassten Unternehmen/Betriebe	133
III. Spezifische Bestimmungen	134
IV. Die Bindung an Grundsätze und Ziele	135
1. Bestimmung der Grundsätze und Ziele	135
a) Meinungsstand	135
b) Stellungnahme.....	136
2. Generalisierender Maßstab?	138
V. Die RL und der kirchliche Bereich	139
1. Primärrechtliche Grundlagen	139
a) Ermächtigungsgrundlage	139

b) Grenzen der Rechtsetzungsbefugnis	140
aa) Art. 6 Abs. 3 EU und allgemeines Rücksichtnahmegebot	140
bb) Art. 6 Abs. 2 EU i. V. m. Art. 9 EMRK	141
c) Schlussfolgerungen	142
2. Der Tatbestand des Art. 3 Abs. 2 RL und kirchliche Einrichtungen	142
3. Einhaltung der Grundsätze und Ziele oder vollständige Freistellung? ..	143
J. Die Bereichsausnahme des Art. 3 Abs. 3 RL	144
K. Verhältnis zu anderen Richtlinien und zum nationalen Recht	144
I. Das Verhältnis zu den RL 2001/23/EG und 98/59/EG	144
1. Gang des Gesetzgebungsverfahrens	144
2. Art. 7 RL 2001/23/EG und Art. 2 RL 98/59/EG als abschließende Sonderregelungen?	144
3. Maßgeblichkeit der Begriffsbestimmungen der RL für die RL 98/59/EG und 2001/23/EG?	146
4. Das Verhältnis zur RL 94/45/EG	147
II. Das Verhältnis zum nationalen Recht	148
L. Umsetzung der RL in nationales Recht	149
I. Umsetzungsfrist	149
II. Allgemeine Anforderungen an die Umsetzung von Richtlinien	149
III. Umsetzung durch Tarifvertrag	150
IV. Umsetzung durch autonome Rechtsetzung der Kirchen	150
V. Folgen einer fehlenden oder mangelhaften Umsetzung	151
1. Unmittelbare Anwendbarkeit der RL?	151
a) Keine unmittelbare Wirkung gegenüber privaten Arbeitgebern	151
b) Unmittelbare Wirkung gegenüber öffentlichen Arbeitgebern?	152
2. Richtlinienkonforme Auslegung und Rechtsfortbildung	155
3. Vertragsverletzungsverfahren	157
4. Staatshaftung	158
2. TEIL: UMSETZUNGSBEDARF IM BETRIEBSVERFASSUNGSRECHT	161
A. Anwendungsbereich	161
I. Die Anknüpfungspunkte „Unternehmen“ und „Betrieb“	161
II. Unternehmensbegriff	161
III. Betriebsbegriff	164
1. Allgemeiner Betriebsbegriff	164
2. Gemeinschaftsbetriebe (§ 1 Abs. 1 S. 2 BetrVG)	166
3. Betriebsteile als selbständige Betriebe (§ 4 Abs. 1 BetrVG)	166
4. Betriebsratsfähige Einheiten nach § 3 BetrVG	166
IV. Arbeitnehmerbegriff und Schwellenwerte	167
1. Der Arbeitnehmerbegriff des BetrVG	167
a) Anknüpfung an den allgemeinen Arbeitnehmerbegriff	167
b) Modifikationen durch § 5 BetrVG	168
aa) Zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigte und Heimarbeiter	168
bb) Die Negativliste des § 5 Abs. 2 BetrVG	168

cc) Leitende Angestellte	169
2. Schwellenwertregelungen	171
B. Die Beteiligten an Unterrichtung und Anhörung	174
I. Arbeitnehmervertreter	174
1. In Betracht kommende Gremien	175
a) Einzel-, Gesamt und Konzernbetriebsrat	175
b) Wirtschaftsausschuss	175
c) Sprecherausschuss	177
2. Betriebe ohne Arbeitnehmervertretung	177
II. Arbeitgeber	178
C. Unterrichtung und Anhörung	178
I. Die Einordnung der Beteiligungsrechte in die Systematik des BetrVG	178
II. Unterrichtung zur wirtschaftlichen Situation und Tätigkeit	180
1. Unterrichtsrechte des Wirtschaftsausschusses	180
a) Gegenstände der Unterrichtung	180
b) Zeitpunkt und Art und Weise der Unterrichtung	182
c) Schwellenwert	182
d) Ergebnis	183
2. Unterrichtsrechte des Betriebsrats	183
a) Keine direkte oder analoge Anwendung der §§ 106, 108 Abs. 5 BetrVG	183
b) Spezielle Unterrichtsrechte des Betriebsrats	185
c) Das allgemeine Unterrichtsrecht des Betriebsrats (§ 80 Abs. 2 BetrVG)	185
3. Die Unterrichtungspflichten nach § 110 BetrVG, § 43 Abs. 2 BetrVG und § 53 Abs. 2 Nr. 2 BetrVG	190
4. Ergebnis und mögliche gesetzgeberische Maßnahmen	192
III. Unterrichtung und Anhörung zu Beschäftigungsfragen	193
1. Beteiligungsrechte des Betriebsrats	193
a) Unterrichtung	193
b) Anhörung	196
2. Beteiligungsrechte des Wirtschaftsausschusses	199
3. Ergebnis und mögliche gesetzgeberische Maßnahmen	199
IV. Unterrichtung und Anhörung zu Entscheidungen im Sinne des Art. 4 Abs. 2 lit. c RL	200
1. Beteiligungsrechte des Betriebsrats	201
a) Beteiligungsrechte des Betriebsrats bei Betriebsänderungen nach § 111 ff. BetrVG	201
aa) Tatbestand des § 111 BetrVG	201
(1) Der Katalog des § 111 S. 3 BetrVG	201
(2) § 111 S. 1 BetrVG als Auffangtatbestand	203
bb) Unterrichtung	207
cc) Beratung	208
dd) Zwischenergebnis	209
b) Sonstige Beteiligungsrechte des Betriebsrats	210

aa) § 90 Abs. 1 BetrVG	210
bb) § 17 KSchG	210
cc) § 109a BetrVG	210
dd) Beteiligungsrechte nach UmwG und WpÜG	211
ee) § 80 Abs. 2 BetrVG	212
ff) § 74 Abs. 1 BetrVG	212
c) Ergebnis	214
2. Beteiligungsrechte des Wirtschaftsausschusses nach § 106 BetrVG	214
a) Der Katalog des § 106 Abs. 3 BetrVG	214
b) Unterrichtung und Beratung	215
3. Ergebnis und Umsetzungsvorschlag	218
V. Unterrichtung und Anhörung bei Konzernsachverhalten	219
VI. Exkurs: Die RL und die Beteiligungsrechte des Sprecherausschusses	220
D. Unterrichtung und Anhörung auf Grundlage einer Vereinbarung	221
E. Der Schutz vertraulicher Informationen und Ausnahmen von der Unterrichts- und Anhörungspflicht	221
I. Geheimhaltungspflichten	221
II. Ausnahmen von der Unterrichts- und Anhörungspflicht	222
F. Schutz und Sicherheiten der Arbeitnehmervertreter	223
G. Rechtsdurchsetzung und Sanktionen	224
I. Rechtsdurchsetzung	224
1. Leistungsanträge	224
2. Einstweiliger Rechtsschutz	226
3. Unterlassungsansprüche	228
a) Reichweite der gemeinschaftsrechtlichen Gebotenheit eines Unterlassungsanspruchs	228
b) § 23 Abs. 3 BetrVG	229
c) Allgemeiner Unterlassungsanspruch	229
aa) Unterlassungsanspruch bei Verstößen gegen § 111 BetrVG ...	230
(1) Meinungsstand	230
(2) Stellungnahme	232
bb) Unterlassungsanspruch bei Verletzung sonstiger richtlinienrelevanter Beteiligungsrechte	236
4. Ergebnis und Umsetzungsvorschlag	237
II. Sanktionen	237
1. Sanktionen gegen den Arbeitgeber	237
a) § 121 BetrVG	237
b) § 119 BetrVG	238
c) § 113 Abs. 3 BetrVG: Nachteilsausgleich	239
d) § 23 Abs. 3 BetrVG	242
e) Ergebnis und Umsetzungsvorschlag	242
2. Sanktionen gegen die Arbeitnehmervertreter	243
H. Tendenzschutz und Bereichsausnahme für den kirchlichen Dienst	243
I. Der Tendenzschutz nach § 118 Abs. 1 BetrVG	243
1. Unterrichtung nach Art. 4 Abs. 2 lit. a RL	244

2. Unterrichtung und Anhörung nach Art. 4 Abs. 2 lit. b RL	245
3. Unterrichtung und Anhörung nach Art. 4 Abs. 2 lit. c RL.....	246
4. Ergebnis.....	247
II. Die Bereichsausnahme des § 118 Abs. 2 BetrVG	247
1. Grundlagen der Bereichsausnahme	247
2. Änderungsbedarf aufgrund der RL.....	247
3. Einführung subsidiär geltender Vorschriften	249
I. Sondervorschriften für Seeschifffahrt und Luftfahrt.....	250
I. Seeschifffahrt	250
II. Luftfahrt	251
 3. TEIL: UMSETZUNGSBEDARF IM PERSONALVERTRETUNGSRECHT ..	253
A. Allgemeines.....	253
B. Anwendungsbereich	253
I. Konzeptionelle Unterschiede zwischen der RL und dem deutschen Recht	253
II. Wirtschaftliche Tätigkeiten im Anwendungsbereich des Personalvertretungsrechts	254
III. Die Einheiten „Unternehmen“ und „Betrieb“ und ihre Übertragung auf das deutsche Personalvertretungsrecht	255
IV. Beschäftigten- und Arbeitnehmerbegriff	256
1. BPersVG.....	257
a) Der Beschäftigtenbegriff.....	257
b) Die erfassten Arbeitnehmer	257
2. Landespersonalvertretungsgesetze	260
V. Schwellenwerte	262
1. BPersVG.....	262
2. Landespersonalvertretungsgesetze	263
C. Die Beteiligten an Unterrichtung und Anhörung	263
I. Arbeitnehmervertreter	263
1. Für eine Umsetzung in Betracht kommende Gremien	264
2. Personalratslose Dienststellen	264
II. Arbeitgeberbegriff der Richtlinie und Dienststellenleiter im Sinne des Personalvertretungsrechts	265
D. Unterrichtung und Anhörung	266
I. Einordnung der Beteiligungsrechte der RL in die Systematik des Personalvertretungsrechts	266
II. Unterrichtung über die wirtschaftliche Situation und Tätigkeit	267
1. BPersVG.....	267
2. Landespersonalvertretungsgesetze	271
III. Unterrichtung und Anhörung zu Beschäftigungsfragen	273
1. BPersVG.....	273
a) Gegenstände der Beteiligung	273
b) Unterrichtung und Anhörung.....	275
c) Ergebnis und Umsetzungsvorschlag.....	276

2.	Landespersonalvertretungsgesetze	277
a)	Baden-Württemberg, Hessen, Sachsen, Thüringen	277
b)	Bayern, Berlin und Saarland	278
c)	Nordrhein-Westfalen	280
d)	Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern	281
e)	Hamburg und Sachsen-Anhalt	282
f)	Länder mit Allzuständigkeit des Personalrats	283
IV.	Unterrichtung und Anhörung zu Entscheidungen im Sinne des Art. 4	
	Abs. 2 lit. c RL	285
1.	BPersVG	285
a)	§ 78 Abs. 1 Nr. 2 BPersVG	285
b)	§ 76 Abs. 2 Nr. 7 und § 78 Abs. 5 BPersVG	287
c)	Sonstige Beteiligungsrechte	288
d)	Die allgemeinen Vorschriften des § 66 Abs. 1 S. 1 und § 68 Abs. 2 BPersVG	288
e)	Ergebnis und Umsetzungsvorschlag	289
2.	Landespersonalvertretungsgesetze	290
a)	Länder ohne Allzuständigkeit des Personalrats	290
b)	Länder mit Allzuständigkeit des Personalrats	292
V.	Unterrichtung und Anhörung bei Entscheidungen des Gesetzgebers	293
E.	Vereinbarungslösungen	296
F.	Schutz vertraulicher Informationen	296
I.	Verschwiegenheitspflichten	296
II.	Ausnahmen von der Unterrichtungspflicht in besonderen Fällen	297
G.	Schutz und Sicherheiten der Arbeitnehmervertreter	297
H.	Rechtsdurchsetzung und Sanktionen	298
I.	Rechtsdurchsetzung	298
1.	Rechtswegeröffnung und einstweiliger Rechtsschutz	298
a)	BPersVG	298
b)	Landespersonalvertretungsgesetze	299
2.	Unterlassungsansprüche	299
a)	BPersVG	299
b)	Landespersonalvertretungsgesetze	302
3.	Zwangsvollstreckung	303
a)	BPersVG	303
b)	Landespersonalvertretungsgesetze	305
II.	Sanktionen	305
1.	Sanktionen gegen den Arbeitgeber	305
a)	BPersVG	305
b)	Landespersonalvertretungsgesetze	306
2.	Sanktionen gegen Arbeitnehmervertreter	306
I.	Tendenzschutz und Bereichsausnahme für den kirchlichen Dienst	306
I.	Tendenzschutz	306
II.	Bereichsausnahme für Religionsgemeinschaften	308

4. TEIL: UMSETZUNGSBEDARF IM KIRCHLICHEN MITARBEITERVERTRETUNGSRECHT	309
A. Allgemeines	309
B. Katholische Kirche	310
I. Rechtsgrundlagen	310
II. Anwendungsbereich	310
1. „Einrichtungen“ als Betriebe im Sinne der RL	310
2. Persönlicher Anwendungsbereich und Schwellenwerte	311
a) Persönlicher Anwendungsbereich der MAVO	311
b) Schwellenwerte	312
III. Die Beteiligten an Unterrichtung und Anhörung	313
IV. Unterrichtung und Anhörung	313
1. Unterrichtung über die wirtschaftliche Situation und Tätigkeit	313
a) § 27a Abs. 1 bis 4 MAVO	314
b) § 27a Abs. 5 MAVO	315
c) Sonstige Unterrichtsrechte	316
2. Unterrichtung und Anhörung zu Beschäftigungsfragen	317
a) § 27a MAVO	317
b) § 32 Abs. 1 Nr. 12 MAVO und sonstige Beteiligungsrechte in Beschäftigungsfragen	318
3. Unterrichtung und Anhörung bei Entscheidungen im Sinne des Art. 4 Abs. 2 lit. c RL	319
a) § 27a MAVO	319
b) Spezielle Anhörungs- und Mitberatungsrechte	320
c) § 27 Abs. 1 MAVO	321
V. Rechtsdurchsetzung	321
VI. Sonstige Anforderungen der RL	323
VII. Ergebnis und Umsetzungsvorschlag	323
C. Evangelische Kirche	323
I. Rechtsgrundlagen	323
II. Anwendungsbereich	324
1. Der Dienststellenbegriff	324
2. Persönlicher Anwendungsbereich und Schwellenwerte	324
III. Die Beteiligten an Unterrichtung und Anhörung	325
IV. Unterrichtung und Anhörung	326
1. Unterrichtung über die wirtschaftliche Situation und Tätigkeit	326
a) § 34 Abs. 2 S. 2 MVG.EKD	326
b) Sonstige Unterrichtsrechte	327
2. Unterrichtung und Anhörung zu Beschäftigungsfragen nach Art. 4 Abs. 2 lit. b RL	328
3. Unterrichtung und Anhörung zu Entscheidungen im Sinne des Art. 4 Abs. 2 lit. c RL	330
a) § 23a Abs. 2 S. 2 MVG.EKD	330
b) § 46 lit. a MVG.EKD und sonstige Beteiligungsrechte	330

V. Rechtsdurchsetzung	332
VI. Sonstige Anforderungen der RL	333
VII. Ergebnis und Umsetzungsvorschlag	333
5. TEIL: ZUSAMMENFASSUNG DER WESENTLICHEN ERGEBNISSE	335
LITERATURVERZEICHNIS	343